

DOI: 10.5771/0342-300X-2025-4-244

Minderheitenschutz für Kinder

ALADIN EL-MAFAALANI

Deutschland steht an einem Wendepunkt: Die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Rentenalter, und die damit einhergehenden demografischen Veränderungen stellen das Land vor ungeahnte Herausforderungen. 2024 feierten doppelt so viele Menschen ihren 60. Geburtstag wie Kinder geboren wurden. Die junge Generation ist eine Minderheit in der alternden Gesellschaft. Sie ist aber nicht nur eine zahlenmäßige Minderheit, sondern auch eine in vielen Bereichen übersehene Generation. Sie ist eine Minderheit ohne Minderheitenschutz.

Wie kommt man zu so einer schwerwiegenden Diagnose? Nun, wir haben so wenige Kinder und Jugendliche wie noch nie – und wir werden ihnen immer weniger gerecht. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben das höchste Armutsrisiko. Die Bildungsstudien weisen einen markanten Abwärtstrend auf – und das schon seit etwa zehn Jahren. Es fehlen Kita- und Ganztagsplätze – und noch verheerender: Die verfassungsrechtlich verankerte Schulpflicht kann nicht flächendeckend eingehalten werden, denn es fehlen zehntausende Schulplätze für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche. Im Hinblick auf das Wohlbefinden und die Gesundheit von jungen Menschen liegt einiges im Argen, und es wird im öffentlichen Diskurs kaum wahrgenommen, wie stark sich gesellschaftliche Krisen auf die Jüngsten auswirken.

Nehmen wir exemplarisch den Geburtsjahrgang 2007, also diejenigen, die in diesem Jahr volljährig werden: Vor zehn Jahren, damals waren sie acht Jahre alt, erlebten sie die sogenannte Flüchtlingskrise hautnah: als die geflüchteten Kinder in ihre Grundschulklassen kamen oder weil ihre Sporthallen als Massenunterkünfte zur Verfügung gestellt wurden. Mit dreizehn waren sie die Leidtragenden während der Coronapandemie – Teenager wurden zum Stillstand gezwungen. Als am wenigsten gefährdete Gruppe wurden sie unverhältnismäßig eingeschränkt und nachhaltig benachteiligt. Nach der Pandemie folgten ab 2022 der Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Inflation – und wieder Flüchtlinge. Hinzu kommt die dauerhafte Sorge um die existenziellen Lebensgrundlagen, die durch die Klimaveränderungen gefährdet sind.

Über den gesamten Zeitraum befanden sich die Schulen in einem Dauerkrisenzustand. Die Heranwachsenden erlebten gesellschaftliche Polarisierung, ratlose und überforderte Erwachsene. Eine Gesellschaft, in der immer weniger funktioniert. Für sie ist der Ausnahmezustand der Normalzustand.

Als der 2007er Jahrgang bei der letzten PISA-Studie (2022) die bisher schlechtesten Ergebnisse erzielte, wurde das nüchtern zur Kenntnis genommen. Erst als die 2007er im vergangenen Jahr bei der Europawahl, als 16-Jährige erstmals wahlberechtigt waren, so „seltsam“ gewählt haben, stand die Frage im Raum: Was ist nur mit den Jungen los?

Die richtige Frage ist: Wie konnte man die junge Generation und die Bedingungen ihres Aufwachsens derart übersehen? Zunächst müssen wir uns eingestehen, dass die Vorstellung, Eltern könnten die Interessen ihrer Kinder wirksam vertreten, nicht mehr greift. Eltern können ihre Kinder

nicht vor den gesellschaftlichen Veränderungen und Krisen oder dem beklagenswerten Zustand des Bildungssystems schützen. Eltern von Minderjährigen sind zudem selbst eine demokratische Minderheit. Und sie haben besonders knappe zeitliche Ressourcen, die es bräuchte, um Öffentlichkeit herzustellen.

Es fehlt ein ausgeprägtes gesamtgesellschaftliches Problembewusstsein für die prekäre Lage von Kindern und Jugendlichen. Und es fehlt ein Minderheitenschutz für Kinder und Jugendliche, der spätestens in dieser demografischen Phase notwendig erscheint. Ein effektiver Minderheitenschutz muss auch Generationengerechtigkeit und zukunftsorientiertes Handeln in unserer alternden Gesellschaft einschließen. Dabei soll es nicht um Schuldzuweisung an ältere Generationen gehen, sondern darum, die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für Kinder und Jugendliche in das öffentliche Bewusstsein und in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen zu rücken.

Hierfür gibt es nicht die eine, leicht umsetzbare Maßnahme. Vielmehr muss man an sehr vielen Baustellen gleichzeitig arbeiten: Familien entlasten, Bildungsinstitutionen (insbesondere Kita und Grundschule) zu attraktiven Lern- und Lebensorten weiterentwickeln, (politische) Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche ausweiten. Im Prinzip kann in einer solchen Schiefelage kein Bereich unberührt bleiben, auch keine Personengruppe: Würde sich etwa künftig nur jede zehnte Person aus den geburtenstarken Jahrgängen (1960–1969) nach Renteneintritt in Kita oder Grundschule engagieren, wären das mehr Menschen als alle derzeitigen Erzieher*innen und Grundschullehrkräfte in Deutschland zusammen.

Wir sollten uns nicht zu viel Zeit lassen. Die besagten 2007er, deren Kindheit nun vorbei ist, haben eine durchschnittliche Lebenserwartung von etwa 90 Jahren. Sie könnten also in nennenswerter Zahl noch die Jahrhundertwende erleben. Was auf dem Spiel steht, ist hier nun also wirklich die Zukunft.

Ganz offensichtlich haben wir noch keine Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft – und vielleicht kann man sie derzeit auch noch nicht haben. Aber was in unserer Macht stünde, nämlich die junge Generation bestmöglich darauf vorzubereiten und darin zu bestärken, eigenständig durch die ungewisse und herausfordernde Zukunft zu manövrieren, das machen wir nachweislich richtig schlecht. ■

AUTOR

ALADIN EL-MAFAALANI, Prof. Dr., lehrt Migrations- und Bildungssoziologie in Dortmund und ist Autor des Buches „Kinder – Minderheit ohne Schutz. Aufwachsen in der alternden Gesellschaft“.

@ sekretariat.mibi.fk17@tu-dortmund.de